



Tod und Spiele

Wie Olympia in Fukushima die Folgen der Atomkatastrophe überspielen soll

Schwerpunkt Seite 10–13

Einlullen

Die Propaganda der Atomkraft-Fans in der Klimadebatte – und warum sie nicht stimmt

Seite 6–7

Eingruppieren

In der EU und ihren Institutionen tobt ein harter Kampf um die Stellung der Atomkraft

Seite 8–9

Einbinden

Die Tricks der Standortsuch-Behörden, Kritiker*innen so einzubinden, dass dies ihren Entscheidungen Akzeptanz verschafft

Seite 14–17

Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Irrweg in der Klimakrise

Analyse | Im Zuge der Klimakrise ist die Atom-Debatte neu entfacht. Im Internet, aber auch in der Presse ist die Diskussion geprägt von Atom-Propaganda und Fehlinformationen. Eine Aufräumarbeit

8 Europäischer Atomstreit

Hintergrund | Atom-Fans in der EU versuchen, Atomkraft Zugang zu günstigen Krediten und Fördertöpfen zu verschaffen. Atomkritische Staaten halten dagegen. Heraus kommen bisweilen Kompromissformeln, die den Streit weiter vertagen

10 Die Fackel strahlt

Einleitung | Strahlen-Hotspots an jeder Ecke, heiße Brennstoffschmelze in den Reaktoren, Atomabwässer, Berge von Atommüll und zehntausende Atomflüchtlinge – das ist Alltag in Fukushima. Jetzt kommt Olympia ins Sperrgebiet

12 Radiolympics 2020

Comic | Heiße Medaillenjagd rund um Fukushima

14 Vom Gefühl, gehört zu werden

Hintergrund | Von wirksamer Mitbestimmung der Betroffenen wollen die am Standortsuchverfahren beteiligten Institutionen nichts wissen. Sie planen stattdessen ihren „D-Day“ – und versuchen Kritiker*innen so einzubinden, dass dies ihren Entscheidungen Akzeptanz verschafft

16 „Würden gerne kurz unterbrechen“

Porträt | David Haase, 25, studiert Friedens- und Konfliktforschung und mischt mit dem „Jungen Netzwerk für politische Aktionen“ (Junepa) nicht nur den Jugend-Workshop zur Atommüll-Lager-Suche auf

18 Castor-Alarm Biblis

Interview | Noch dieses Frühjahr soll ein Castor-Transport hochradioaktiven Müll von Sellafield nach Biblis bringen. Proteste geplant

19 Atomkraft in Weißrussland

Hintergrund | Russische Expansionspläne – oder: der totalitäre Weg in den Atom-Club

20 .ausgestrahlt-Shop

22 Rückblick

23 „Stiftung Atomerbe“ gegründet

Aufruf | Den kommenden Generationen mehr vermachen als ewig strahlenden Atommüll – das ermöglicht die von .ausgestrahlt gegründete Stiftung: Bist Du dabei?

24 Strom ohne Kohle und Atom

Infografik | Atom- und Kohleausstieg sind kein Widerspruch: Seit 2008 ist die fossile Stromproduktion sogar stärker zurückgegangen als die atomare – dank des Ausbaus der Erneuerbaren Energien

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Mehr als 3.600 Förderinnen und Förderer legen mit ihrer regelmäßigen kleinen oder großen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! ausgestrahlt.de/foerdern

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 17-köpfiges Team von Ehrenamtlichen und Angestellten.

ausgestrahlt.de/ueber-uns

Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.

ausgestrahlt.de/newsletter

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis. ausgestrahlt.de/magazin

Neu bei .ausgestrahlt



Foto: privat

Julian Bothe, Geograf, hat Castor-Transporte ebenso wie Braunkohletagebaue blockiert und zuletzt die Energiewende in Oberbayern vorangebracht. Seit Februar verstärkt er das

Kampagnen-Team von .ausgestrahlt. Julia Schumacher und Katja Dingerkus haben .ausgestrahlt zum Jahreswechsel verlassen.

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.

IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00

BIC: GENODEM1GLS GLS Bank

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Impressum

.ausgestrahlt

Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
ausgestrahlt.de

Redaktion: Angela Wolff, Armin Simon, Jochen Stay

Bildredaktion: Andreas Conradt

Mitarbeit: Andi Wolff, Carolin Franta, Jürgen Rieger, Miriam Tornieporth, Nora Lohmeyer, Sarah Lahl, Silke Freitag, Sylvia Lehmann, Tatyana Ivanova, Ute Bruckart

Gestaltung: Holger M. Müller

(holgermmueller.de); Entwurf:

Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender

Druck: Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier

Auflage: 24.000

V.i.S.d.P.: Jochen Stay

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



Illustration: Andi Wolff

Ein Ringen

Liebe Leser*in,

am 11. März 2011 führte im Hochtechnologie-land Japan ein absolut vorhersehbares Ereignis – ein Erdbeben in einer Erdbebenregion – zum dreifachen Super-GAU. Die Reaktoren, die damals vor laufenden Fernsehkameras in die Luft flogen, galten bis dahin immer als sicher.

Neun Jahre später ist die Atom-Katastrophe in Fukushima noch lange nicht vorbei. Tausende Arbeiter*innen sind damit beschäftigt, die geschmolzenen Brennstäbe in den havarierten Reaktoren weiter zu kühlen, kontaminiertes Wasser aufzufangen und die Atomruinen zu sichern. Der Abriss wird selbst nach offiziellen Angaben noch Jahrzehnte dauern.

Weit mehr als vierzigtausend Atomflüchtlinge konnten bis heute nicht in ihre Heimat zurückkehren. Hunderttausend andere haben sie für immer verlassen oder sind gezwungen, in kontaminierten Gebieten zu leben – mit Strahlenbelastungen, die bereits das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte auf den Plan riefen. Berge von schwarzen Säcken mit abge-

tragenem, kontaminiertem Boden stapeln sich in der Region.

Vier Fünftel der radioaktiven Wolke aus Fukushima blies der Wind damals aufs Meer – das AKW stand direkt an der Küste. Ein anderer Wind in diesen Tagen, etwa in Richtung Tokio, hätte das Ende des Staates Japan bedeuten können, sagt der damalige japanische Premierminister Naoto Kan.

Einigermaßen bizarr mutet daher an, wie Atom-Fans seit Jahren und immer noch versuchen, Atomkraft als „nachhaltige“ oder gar „grüne“ Technologie zu verkaufen. Besonders deutlich wird das aktuell in der EU. Ob Klimaschutzplan, Finanz- oder Kreditrichtlinien: Bei allen Bestrebungen für eine europäische Energiewende wittern die Atom-Fans in der EU ihre Chance, die Atomkraft mit ins Boot zu holen. Der unwirtschaftlichen Hochrisikotechnologie soll das Zugang zu Finanzmitteln, Krediten und Fördergeldern verschaffen.

Je mehr die Gefahren der Atomkraft ins Vergessen geraten, desto leichter gelingt dieses nukleare Greenwashing. In diesem Sinne sind

die Olympischen Spiele, die zum Teil in Fukushima stattfinden sollen, Provokation und Chance zugleich. Provokation, weil die Austragung olympischer Wettkämpfe in der vom Super-GAU nach wie vor gezeichneten Region und der Fackellauf kreuz und quer durchs Sperrgebiet der Weltöffentlichkeit Normalität suggerieren sollen, nach dem Motto: Die Katastrophe ist doch längst vorbei. Das tritt die vielen tausend Menschen, die bis heute unter dem Super-GAU leiden, mit Füßen.

Zugleich sind die Spiele aber auch eine Chance, das Augenmerk wieder auf die bis heute andauernden Folgen der Atomkatastrophe und die nicht gezogenen Lehren daraus zu lenken: Atomkraft ist und bleibt eine dreckige und hochriskante Technik, der nächste Super-GAU kann jeden Tag passieren – in allen als „sicher“ bezeichneten AKW und auch bei uns mitten in Europa. Nur, dass dort dann in der Regel kein Ozean bereitsteht, der den größten Teil des Fallouts aufnimmt.

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlte-Team



Der „Runit Dome“ auf Runit im Eniwetok-Atoll

Foto: US Defense Special Weapon Agency

Klimawandel bricht US-Atomgrab auf

Der steigende Meeresspiegel droht 85.000 Kubikmeter Atomabfälle, darunter hochgiftiges Plutonium-239, aus einem US-Atomwaste-Lager auf den Marshall-Inseln in den Pazifik zu spülen. Die Abfälle, Überreste der Atombombentests, die die USA hier durchführten, sind lediglich mit einem 50 Zentimeter dicken Betondeckel von 100 Metern Durchmesser abgedeckt. Der „Runit Dome“ hat seit Jahren Risse, die Insel liegt nur etwa zwei Meter über dem Meeresspiegel. Die USA halten sich nicht für zuständig.

Europäischer Abschalt-Reigen

Gleich drei AKW in Europa sind zum Jahreswechsel endgültig vom Netz gegangen. Den Anfang machte am 19. Dezember das AKW Mühleberg bei Bern, mit 48 Jahren das zweitälteste der Schweiz. An Silvester folgten das schwedische AKW Ringhals-2 (45 Jahre) und der Reaktor Philippsburg-2 bei Karlsruhe. Ringhals-2 lief seit Jahren nur noch mit Ausnahmegenehmigung, weil die Metallhaut des Sicherheitsbehälters korrodiert war. Philippsburg-2 war die meiste seiner 35 Betriebsjahre illegal am Netz, weil er bis 2017, ohne dass es jemand bemerkt hätte, nicht einmal den schon bei seinem Bau vorgeschriebenen Schutz gegen Abstürze bestimmter Kampfflugzeuge aufwies. Bereits am 11. Dezember stellte zudem der Forschungsreaktor BER-II in Berlin-Wannsee seinen Betrieb ein. Am 20. Februar soll der erste Block des französischen AKW Fessenheim unweit von Freiburg folgen, im Juni dann Block 2 und Ende 2020 auch Ringhals-1.



AKW Mühleberg bei Bern: Nach 48 Jahren war endlich Schluss

Foto: IAE0



Urenco-Müll schon seit 2016 wieder nach Russland

Urenco, Betreiberin der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau, hat öffentlich eingeräumt, schon seit 2016 wieder abgereichertes Uranhexafluorid (UF₆) nach Russland zu exportieren – aus ihrer britischen Filiale. Zunächst waren nur die Exporte aus Gronau ab Mai 2019 bekannt gewesen. Örtliche Atomkraftgegner*innen gehen davon aus, dass es sich bei den Transporten aus Großbritannien in Wahrheit um verdeckte Kettenexporte aus Deutschland handelte, weil Urenco zugleich eine entsprechende Menge Uran aus Gronau nach Großbritannien verfrachtet habe. Umweltschützer*innen, die in mehreren russischen Städten gegen die Atomwaste-Importe protestierten, bekamen Ärger mit der Polizei. In Gronau seilten sich Aktivist*innen am 18. November über den Gleisen ab und hielten so einen mit 600 Tonnen Uranwaste für Russland beladenen Zug acht Stunden lang auf.

urantransporte.de

28.11.2019: Aktivist*innen stoppen Uranwaste-Export in Gronau

Foto: oar-west

Uniper strebt Laufzeitverlängerung für AKW an

Der Düsseldorfer Energiekonzern Uniper, die ehemalige Kraftwerksparte von Eon, will seinen bereits 35 Jahre alten schwedischen Reaktor Oskarshamn-3 bis 2065 weiterbetreiben. Man suche bereits nach Möglichkeiten, die Laufzeit des Reaktors entsprechend zu verlängern, sagte ein Unternehmensvertreter.

Serienfehler in Notstromdieseln von drei AKW

Ein jahrelang unentdeckter Herstellungsfehler eines kleinen Bauteils hat Defekte in etlichen Notstromdieselaggregaten der AKW Neckarwestheim, Lingen/Emsland und Brokdorf verursacht. Federn, die normalerweise in der Kraftstoffzuführung der Dieselgeneratoren sitzen, waren an den Enden zu spitz und brachen daher entzwei. Ihre Bruchstücke setzten dann Einspritzdüsen der Dieselmotoren teilweise zu. Die Federn kommen seit 2016 zum Einsatz und brachen nach Behördenangaben wohl recht schnell. Der Defekt fiel aber erst im Oktober 2019 im AKW Neckarwestheim-2 auf. Eine Untersuchung nicht mehr im Betrieb befindlicher Dieselgeneratoren im AKW Brokdorf ergab, dass dort ein Fünftel aller Federn gebrochen war.

Mit Fischerbooten gegen AKW-Neubau

Japanische Atomkraftgegner*innen und Anwohner*innen haben vor Kaminoseki, einer Inselgruppe im Seto-Binnenmeer, mit tagelangen Protesten auf Fischerbooten Unterwasseruntersuchungen für den Bau eines neuen AKW verhindert. Die Chugoku Electric Power Co. will das AKW direkt am Meer bauen. Sie kündigte an, die Untersuchungen zu einem günstigeren Zeitpunkt durchzuführen. Die Atomkraftgegner*innen wollen weiterhin gegen den Bau protestieren.



Kein Platz für AKW

Foto: BrackWorry

Zwischenlager Brunsbüttel: unbefristet ungenehmigt

20 Castoren aus dem AKW Brunsbüttel dürfen nun sogar unbefristet ohne Genehmigung in der dortigen Zwischenlagerhalle stehen. Eine entsprechende Anordnung erließ Mitte Januar der schleswig-holsteinische Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne). Wegen fehlender Sicherheitsnachweise hatten Gerichte die Genehmigung der Castor-Halle vor fünf Jahren kassiert. Der damalige Umweltminister Robert Habeck (Grüne) hatte Vattenfall daraufhin zunächst eine Frist von „maximal“ drei Jahren eingeräumt, um eine neue Genehmigung zu erwirken. Bis dahin, so ordnete er damals an, solle der hochradioaktive Müll weiter in der vom Gericht für unzulässig erachteten Halle stehen bleiben. Ende 2017 verlängerte er diese Frist um weitere zwei Jahre. Die für einen neuen Genehmigungsantrag nötigen Unterlagen hat Vattenfall allerdings bis heute nicht vollständig eingereicht. Die ausstehenden Dokumente betreffen nach Auskunft des Atommüll-Bundesamtes „wesentliche Fragen zum Nachweis der Sicherheit“ ...

ausgestrahl.de/brunsbuettel-urteil



Voller Atommüll, aber ohne Genehmigung: Zwischenlager Brunsbüttel

Foto: Vattenfall

Fachtagung zu schwach- und mittelradioaktiven Abfällen



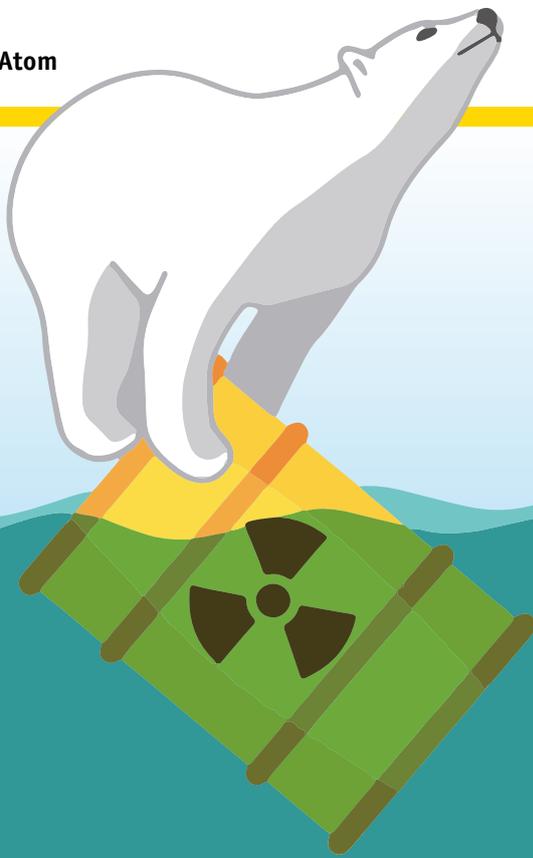
Falsch deklarierte und rostende Fässer, vollgestopfte Zwischenlager und völlig veraltete Sicherheitsanforderungen kennzeichnen die Probleme beim Umgang mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen. Welche Gefahren gehen von den Abfällen aus? Woher kommt der Müll? Unter welchen Bedingungen lagern die radioaktiven Abfälle heute und wie kann die Sicherheit verbessert werden? Welche Kritik am Projekt Schacht Konrad gibt es? Welches Risiko soll die Bevölkerung akzeptieren? Warum müssen die Sicherheitsanforderungen aktualisiert werden? Diese und weitere Fragen sind Thema einer **Fachtagung am Freitag, 21.2.** in **Hannover**, zu der der Trägerkreis Atommüllreport – auch .ausgestrahlt gehört dazu – herzlich einlädt. Anmeldung bitte bis 14.2. an info@atommuellreport.de atommuellreport.de/projekte-termine/fachtagungen.html

Katastrophenschutz-Chaos in Stade

Lastwagenweise Notfallausrüstung für den Fall einer Atomkatastrophe landete unlängst im niedersächsischen Stade. Ein „Kuriosum“, zeigte sich der Landrat irritiert: das örtliche AKW sei doch schon seit 2003 vom Netz. Der Reaktor in Brokdorf, am gegenüberliegenden Elbufer 30 Kilometer stromabwärts, läuft dagegen immer noch. Entsprechend stufte Niedersachsen den Landkreis Stade als höchst gefährdete Region ein und stattete ihn entsprechend aus. Nur einen Plan, wie bei einem Unfall im AKW Brokdorf zu verfahren ist – den gibt es in Stade immer noch nicht.

Brasilianischer Uranmine droht Dambruch

Zwei Millionen Kubikmeter giftiger radioaktiver Schlamm, die sogenannten Tailings, lagern in einem Becken der stillgelegten brasilianischen Uranmine Caldas 180 Kilometer nördlich von São Paulo. Der staatliche Atomkonzern INB, Betreiber des Tagebaus, meldete im September 2018 „Sedimentbewegungen im Dammbereich“ des Schlammbeckens, traf aber keine adäquaten Schutzmaßnahmen. Nach Untersuchungen der Bundesanwaltschaft ist der Damm stark bruchgefährdet. Erstmals sollen ihn nun auch von der Atombehörde unabhängige Gutachter regelmäßig prüfen. Die Mine hatte von 1982 bis 1995 Uran gefördert. Wo und wie ihre strahlenden Hinterlassenschaften langfristig sicher gelagert werden sollen, ist offen.



Atomkraft schadet dem Klima – und schafft jede Menge zusätzliche Probleme

Irrweg in der Klimakrise

Analyse | Im Zuge der Klimakrise ist die Atom-Debatte neu entfacht. Im Internet, aber auch in der Presse ist die Diskussion geprägt von Atom-Propaganda und Fehlinformationen. Eine Aufräumarbeit

War der Atomausstieg ein Fehler?“ fragt der „Spiegel“ und die „Welt“ sagt „Ja“. In den Medien mehrten sich Stimmen, die im Zuge der Klimadebatte Deutschlands Rückkehr zur Atomkraft fordern. Die Bundesrepublik verfehle andernfalls ihre Klimaziele, so der Vorwurf.

Vorbild Frankreich?

Als Gegenbeispiel zu Deutschland führen Atomkraftbefürworter*innen gerne Frankreich an, das seinen Strombedarf zu rund 70 Prozent mit Atomkraft deckt und im Stromsektor deshalb deutlich niedrigere Treibhausgas-Emissionen aufweist. Aber ist die französische Energiepolitik tatsächlich so vorbildlich wie oft behauptet? Wohl kaum. Abgesehen davon, dass alle Angaben zur angeblichen CO₂-Bilanz

von Atomstrom angesichts der noch offenen Atommüll-Frage mit großen Unsicherheiten behaftet sind, bezahlt die europäische Bevölkerung Frankreichs Energiepolitik mit einem hohen Sicherheitsrisiko. Der französische Atompark ist hoffnungslos überaltert. Die 58 Reaktoren haben ein Durchschnittsalter von 35 Jahren und stehen kurz vor Ablauf der genehmigten Betriebsdauer. Mit zunehmendem Alter der Anlagen aber steigt das Risiko eines Atom-Unfalls deutlich an.

Der einzige AKW-Neubau in Frankreich, der EPR Druckwasserreaktor in Flamanville, ist ein Desaster in jeder Hinsicht. Aufgrund technischer Mängel und Fehler sind die Projektkosten mittlerweile fast 10 Milliarden Euro höher als geplant. Noch vor seiner Inbetriebnahme – die ursprünglich 2012 erfolgen sollte – gilt der EPR

als „Pannenmeiler“. Aus Zeitdruck soll er nun sogar mit einem defekten Reaktordruckbehälterdeckel in Betrieb gehen dürfen.

Der staatliche Energiekonzern EDF ist mit mehr als 30 Milliarden Euro verschuldet. Um seine AKW weiter betreiben zu können, sind laut Rechnungshof Investitionen von mindestens 100 Milliarden Euro nötig. Woher diese kommen sollen, ist unklar. Gleiches gilt für die Frage, ob Frankreich tatsächlich mittelfristig neue AKW-Projekte verfolgen wird und wenn ja, mit welchem Geld. Den Ausbau der Erneuerbaren Energien hingegen hat das Land bisher verschlafen. Wind- und Solarenergie decken momentan nur acht Prozent des französischen Strombedarfs. Ohne ein klares Bekenntnis zu einem Atomausstieg und einen verlässlichen Zeitrahmen besteht wenig Hoffnung darauf, dass sich daran etwas ändern wird.

Energiepolitisch befindet sich Frankreich in einer Sackgasse. Das Bild vom Atomstaat als angeblichem Vorzeigemodell gelungener Klimapolitik ist eine Blase, die über kurz oder lang platzen wird. Dahinter verbirgt sich eine verpatzte Energiewende, die Frankreich und Europa insgesamt teuer zu stehen kommen droht.

Die sechs in Deutschland noch laufenden AKW sind ebenfalls allesamt älter als 30 oder gar 35 Jahre und werden zunehmend störanfälliger. Dieses wachsende Sicherheitsrisiko durch Laufzeitverlängerungen auszudehnen, wäre verantwortungslos und gleichzeitig auch energiepolitisch folgenschwer. Für die Erneuerbare Energien-Branche, die durch die zögerliche Energiepolitik der Bundesregierung sowieso schon gebeutelt ist, wäre das ein schwerer Schlag. Investor*innen würden verprellt. Ein Zurück zur Atomkraft wäre womöglich der Todesstoß für den Ausbau und die Weiterentwicklung Erneuerbarer Energien in Deutschland. Das zeigt etwa auch die Situation im Norden des Landes, wo Atomstrom die Netze für Windkraft verstopft und ihren Ausbau seit Jahren blockiert. Angesichts der Klimakrise und der Atomrisiken können wir uns keine Rückschritte bei oder Verzögerungen der Energiewende leisten. Nötig ist vielmehr ein schnellerer Ausbau der Erneuerbaren Energien, ein schnelleres Abschalten der AKW und ein entschiedenes Zurückfahren der Nutzung fossiler Kraftwerke bis zum vollständigen Verzicht auf diese – siehe auch die Infografik auf Seite 24.

Doppelt gefährlich

Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes fordern Atomkraft-Anhänger*innen den weltweiten

Ausbau der Hochrisikotechnologie. Die immensen Gefahren und Folgen der Atomkraft-Nutzung streiten sie rigoros ab: Atomunfälle und -katastrophen, Atomwaffen und schmutzige Bomben, der dreckige Uranabbau, nukleare Verseuchung und jahrtausendlang strahlender Atom Müll, all dies existiert nicht in der heilen Pro-Atom-Welt. Sie trotz aller Erfahrungen und Erkenntnissen und dreht und wendet Fakten so lange, bis sie ins Weltbild passen.

Dass die Verharmlosung der Atomrisiken mit abstrusen Behauptungen teilweise auch in etablierten Medien wie „Zeit“ und „Spiegel“ Raum findet, ist bedenklich. Denn die Atom-Klima-Debatte ist ebenso gefährlich wie absurd. Die Atomkraft-Fans bewegen sich in der Klimafrage insgesamt auf dem Holzweg.

Alter der französischen Atomreaktoren

Stand: 1. Juli 2019



Die Klimakrise erfordert schnelles Handeln und eine schnelle Senkung der Treibhausgase. Das ist mit Atomenergie unmöglich. Aktuell decken die weltweit betriebenen rund 400 Reaktoren zwei Prozent des globalen Energiebedarfs. Allein dieser Fakt zeigt, dass Atomkraft auch aus rein praktischen Gründen keine Alternative zum weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien sein kann. Um die Atomkraft aus der globalen Energie-Nische zu holen, in der sie sich befindet, müssten Staaten und Konzerne innerhalb weniger Jahre viele Tausend Atomkraftwerke bauen. Ganz abgesehen davon, dass die Uranvorräte dann sehr bald erschöpft wären und keine private Bank weltweit Geld für AKW-Neubauten zur Verfügung stellt, dauern Planung und Bau eines Atomkraftwerks im Durchschnitt 20 Jahre: Für das Klima käme die vermeintliche Hilfe also in jedem Fall viel zu spät. Im Energiesektor besteht der einzige wirksame Klimaschutz darin, die Energiewende voranzutreiben und Energie effizienter zu nutzen. Nur mit

einem konsequenten Umbau des Energiesystems auf Basis regenerativer Energien können die Treibhausgas-Emissionen schnell und dauerhaft gesenkt werden. Gelder, die jetzt in Atomkraft gesteckt werden, fehlen beim Klimaschutz. Wer das ernsthaft fordert, hat den Ernst der Lage nicht erkannt.

„Atom Müllfresser“ sind Fabelwesen

Atom Müll sei gar kein Problem, behauptet die Pro-Atom-Gemeinde unermüdlich in dem Versuch, Atomkraft wieder salonfähig zu machen. In Russland, so die Mär, sei sogar bereits ein AKW in Betrieb, das Atom Müll verbrenne. Gemeint ist der Schnelle Brüter BN-800, den Russland aktuell mit Mischoxid-Brennelementen (MOX) aus Uran und Plutonium belädt. Atom Müll aber, diesen hochradioaktiven,

jahrtausendlang strahlenden Cocktail, den uns die AKW hinterlassen, den frisst auch der BN-800 nicht.

Schnelle Reaktoren sind dafür in puncto Sicherheit insgesamt hochproblematisch und übertreffen darin alle anderen derzeit existierenden Reaktortypen. Insbesondere wenn Plutonium als Brennstoff verwendet wird, besteht die erhöhte Gefahr eines schnellen, unkontrollierbaren Leistungsanstiegs im Kern, der zur Zerstörung des Reaktors führen kann. Das in der Regel als Kühlmittel verwendete Natrium brennt bei Kontakt mit Luft und bildet in Verbindung mit Wasser explosiven Wasserstoff.

Auch der BN-800 ist also nicht das Perpetuum Mobile, von dem die Atomfreund*innen träumen. Aber immerhin gibt es ihn – anders als all die anderen angeblichen „Atom Müllschluckler“ und „Verwandlungskünstler“ im atomaren Traumland. Die existieren lediglich als Illusionen auf Papier, fernab der Wirklichkeit.

Angela Wolff



Foto: Yoshikazu Tsuno

Atomkraft „nachhaltig“? Die Fassade ist brüchig ... Block 4 des AKW Fukushima-Daiichi ein Jahr nach Beginn der Katastrophe

Europäischer Atomstreit

Hintergrund | Atom-Fans in der EU versuchen, Atomkraft Zugang zu günstigen Krediten und Fördertöpfen zu verschaffen. Atomkritische Staaten halten dagegen. Heraus kommen bisweilen Kompromissformeln, die den Streit weiter vertagen

Seit mehr als zehn Jahren arbeiten Atom-Fans darauf hin, Atomkraft als „grüne“ Technologie zu verkaufen und mit entsprechenden Privilegien zu versehen. Bei mehreren Anlässen ist darüber nun an unterschiedlichen Stellen innerhalb der EU und ihrer Institutionen Streit ausgebrochen.

EU-Taxonomie für nachhaltige Finanzprodukte

In einer sogenannten „Taxonomie“ will die EU festlegen, welche wirtschaftlichen Aktivitäten als „nachhaltig“ gelten und unter welchen

Bedingungen sich Finanzanlagen, die Geld für solche Aktivitäten zur Verfügung stellen, als „nachhaltig“ bezeichnen dürfen.

Die Frage ist sowohl symbolisch als auch praktisch von erheblicher Relevanz. Nicht nur, dass ein solches Label, noch dazu ausgestellt durch die EU selbst, Atomkraft weltweit adeln würde. Auch für die Finanzierung von Atomprojekten könnte sie entscheidende Vorteile bringen. Auf den Finanzmärkten gibt es eine stark steigende Nachfrage nach „nachhaltigen“ Geldanlagen. Die Atomindustrie hingegen hat seit Langem immense Probleme, an Geld zu

kommen. Schon seit geraumer Zeit finanziert weltweit keine private Bank mehr AKW-Neubauten. Denn die nüchterne Einschätzung der Analyst*innen lautet: Atomkraft ist – jedenfalls unter marktwirtschaftlichen Bedingungen – ökonomisch absolut unattraktiv.

Erstens erfordert schon der Bau nur eines einzigen AKW ein Investment in Milliardenhöhe; diese Konzentration allein bringt für Investoren schon ein gewisses Risiko mit sich. Zweitens sind alle neuen Reaktormodelle nochmal teurer als ihre Vorgänger. Denn anders als bei den allermeisten anderen Techniken gibt es im Atombereich keine Kostendegression im Laufe der Jahrzehnte. Grund dafür sind die Sicherheitsanforderungen an die AKW, die sich immer wieder aufs Neue als unzureichend herausstellen, weswegen immer weitere kostspielige Sicherheitssysteme hinzukommen. Drittens, das jedenfalls ist die Erfahrung fast aller aktuellen AKW-Projekte, steigen die Kosten während des Baus zum Teil auf ein Vielfaches der ursprünglich kalkulierten Summen an, siehe etwa die EPR-Baustellen in Olkiluoto und Flamanville. Viertens schließlich ist äußerst unwahrscheinlich, dass Atomkraftwerke ihre Kosten in Zukunft noch durch ihren Stromverkauf wieder einspielen können. Denn in einem System mit hohen Anteilen erneuerbarer Energien, die allesamt billiger Strom produzieren können, bleiben konventionellen Kraftwerken nur noch die Stunden im Jahr, in denen wetterbedingt nicht genügend Ökostrom im Angebot ist. Zu diesen Zeiten konkurrieren sie dann allerdings noch mit Speichern, deren Kosten deutlich sinken und weiter sinken werden.

Würde Atomkraft künftig als „nachhaltig“ gewertet, sozusagen auf einer Stufe mit den erneuerbaren Energien, wäre das ein gewaltiger Vorteil für die Branche. Nicht von ungefähr versucht sie seit mehr als zehn Jahren, genau eine solche Einstufung durchzusetzen. Bei den Verhandlungen über die EU-Taxonomie sprang ihr jetzt unter anderem die französische Regierung zu Hilfe. Der staatliche Atomkonzern EdF/Framatome betreibt mehr als 50 AKW und will auch weitere bauen und verkaufen. Frankreich setzte zunächst durch, dass Atomkraft nicht explizit vom „Nachhaltigkeits“-Label ausgeschlossen

wird. Stattdessen solle sie unter bestimmten Bedingungen zumindest als eingeschränkt nachhaltig gelten können.

EU-Kommission und EU-Parlament formulierten daraufhin in jedem Fall anzuwendende Ausschlusskriterien. Als „nicht nachhaltig“ sollten demnach „insbesondere“ Techniken und Tätigkeiten gelten, „wenn die langfristige Müllentsorgung zu materiellen und langfristigen Risiken für die Umwelt führen kann“. Grüne werteten das als De-facto-Ausschluss für Atomkraft.

Doch die französische Regierung erhob abermals Einspruch. Die Formulierung musste abgewandelt werden. Als Ausschluss gilt nun nur noch, wenn die langfristige Müllentsorgung „signifikanten und langfristigen Schaden für die Umwelt verursachen kann“.

Grüne feiern dies als rein kosmetische Korrektur, die am De-facto-Ausschluss der Atomkraft nicht ändere. Andere sind da skeptischer. Das europäische Parlament etwa betont in seiner Mitteilung, Atomkraft sei „nicht ausdrücklich (...) ausgenommen“. Und der Vorsitzende des Umweltausschusses, ein Liberaler, der an den Verhandlungen maßgeblich beteiligt war, sagt, dass beide Lager „die Sache verschoben“ hätten. Die Formulierung ermögliche nach wie vor eine Hintertür, um Atomkraft doch noch zur „nachhaltigen“ Geldanlage zu erklären.

Der ausgehandelte Formulierungsvorschlag muss nun noch von den beiden beteiligten Ausschüssen, dem Plenum des EU-Parlaments sowie dem Rat (den Regierungschef*innen der EU-Länder) gebilligt werden, die EU-Kommission dann noch Kriterien für „eingeschränkt nachhaltig“ festlegen. Der Streit um die Stellung der Atomkraft wird also vermutlich noch weitergehen.

Kreditvergabe-Richtlinie der Europäischen Investitionsbank

Bei den Kreditvergabe-Richtlinien der Europäischen Investitionsbank (EIB) war das Atom-Thema ebenfalls auf dem Tisch. Auch hier drängte Frankreich darauf, Kredite für Atomprojekte weiter zu erlauben. Deutschland lehnte das zwar inhaltlich ab, wollte aber, dass die EIB noch bestimmte Gas-Projekte finanzieren würde, was nicht zum diskutierten

kompletten Rückzug aus allen fossilen Energien passte. Der Kompromiss am Ende gab beiden, was sie wollten: Einige Gasprojekte sind noch möglich, dafür bleiben auch Atomkredite erlaubt, sogar für AKW-Neubauten.

Green New Deal

Fördermilliarden für Atomkraft gar drohen sogar über den „Green Deal“, den die EU-Kommission angekündigt hat, um Europa klimafreundlich zu machen. Ein „Just Transition Fonds“ soll Klimaschutzmaßnahmen finanzieren helfen. Auch hier versuchen die Atomfans, die Atomkraft mit ins Boot zu holen und so Steuergeld für neue AKW zu ermöglichen. Das EU-Parlament wiederum unterstützte in einer EntschlieÙung Mitte Januar den Green Deal an sich. Zwei Anträge, die der Atomkraft in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zusprechen wollten, lehnte es mehrheitlich ab. Das Votum des Parlaments ist allerdings rechtlich nicht bindend. Mitte Januar verkündete die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Elisa Ferreira, schließlich: „Atomkraft ist vom ‚Just Transition‘-Mechanismus ausgeschlossen.“

Reform des Euratom-Vertrags

Unklar ist, ob und wann die von der letzten EU-Kommission in einem Papier in Aussicht gestellte Expertengruppe eingesetzt wird, die sich mit möglichen Änderungen am Euratom-Vertrag befassen soll. Dieser hat bisher die Förderung der Atomindustrie zum Ziel und ermöglicht unter anderem Subventionen für AKW, die aus wettbewerbsrechtlichen Gründen in der EU eigentlich verboten sind.

Schneller könnte eine Reform in Gang kommen, wenn ausreichend viele EU-Staaten eine Vertragsstaatenkonferenz fordern. Die Bundesregierung hat eine Anpassung des Euratom-Vertrages zwar im Koalitionsvertrag vereinbart, das für Euratom zuständige Wirtschaftsministerium bisher allerdings keinerlei Initiative in diese Richtung entwickelt. Hilfe könnte nun aus Österreich kommen: Die im Januar vereidigte neue türkis-grüne Regierung hat eine Reform des Euratom-Vertrages nämlich ebenfalls in ihrem Koalitionsprogramm stehen. *Armin Simon*



Foto: Global 2000

Arbeiter deponieren in Säcken verpackten kontaminierten Boden – Olympia kann kommen

Die Fackel strahlt

Einleitung | Strahlen-Hotspots an jeder Ecke, heiße Brennstoffschmelze in den Reaktoren, Atomabwässer, Berge von Atommüll und zehntausende Atomflüchtlinge – das ist Alltag in Fukushima. Jetzt kommt Olympia ins Sperrgebiet

Der Pomp wird groß sein am 26. März und der Startpunkt für den Fackellauf ist ganz bewusst gewählt: J-Village, das nationale Trainingszentrum Japans, unweit des AKW Fukushima-Daiichi. Nach dem Super-GAU 2011 diente die Sportstätte jahrelang als Hauptquartier und Unterkunft für Tausende Katastrophenarbeiter*innen, die die havarierten Reaktoren wieder unter Kontrolle bringen sollten. Jetzt aber, im Jahr neun der Atomkatastrophe, soll von J-Village aus die olympische Fackel starten und den Auftakt der Sommerspiele einläuten. Drei Tage lang wird das Licht durchs Haupt-Fallout-Gebiet ziehen, erst die Küste hinunter bis Iwaki, dann wieder hoch, bis wenige Kilometer ans Katastrophen-AKW heran, im großen Bogen herum, Namie, Minamisōma, Iitate, Fukushima-City. Dort, 200

Kilometer von Tokio, aber keine 60 Kilometer von den havarierten Reaktoren entfernt, sollen am 22. Juli auch die ersten Wettkämpfe von „Tokyo 2020“ starten, die „Recovery and Reconstruction Games“, „Wiederherstellungs- und Wiederaufbau-Spiele“, wie die Organisator*innen sie auch nennen. Baseball und Softball sollen der Welt zeigen: Alles wieder in Ordnung. Auch wenn nichts in Ordnung ist.

Radioaktiver Staub

Bis heute müssen die geschmolzenen Brennstäbe in den Atomruinen ununterbrochen mit frischem Wasser gekühlt werden. Im Inneren der havarierten Reaktoren herrschen nach wie vor lebensbedrohliche Strahlungswerte. Nicht aufgefangenes kontaminiertes Wasser fließt trotz großer Anstrengungen weiterhin ins



Meer und ins Grundwasser. Der aufgefangene Teil der radioaktiven Brühe füllt Tausende gigantische Tanks auf dem Kraftwerksgelände: Versuche, das Wasser zu dekontaminieren, sind gescheitert. Die japanische Regierung wird demnächst entscheiden, ob es in den Pazifik abgelassen oder in die Luft verdampft werden soll.

Tausende Arbeiter*innen sind täglich mit Sicherungs-, Aufräum- und Abrissarbeiten auf dem AKW-Gelände beschäftigt. Nach Schätzungen des AKW-Betreibers Tepco werden sich die Arbeiten noch Jahrzehnte hinziehen.

Die offizielle Statistik der Präfektur Fukushima zählt noch immer mehr als 40.000 Atomflüchtlinge, die bis heute nicht in ihre Heimatstädte zurückkehren konnten. Real sind es weit mehr, denn wem die Behörden auch nur unterstellen, gar nicht mehr zurückkehren zu wollen, den dürfen sie einer Anweisung zufolge gar nicht mehr mitzählen. Und tatsächlich zurückkehren ins Katastrophengebiet wollen nur die wenigsten.

Zwar ist inzwischen ein erklecklicher Teil der einstigen Sperrzone wieder freigegeben. Häuser und Straßen wurden abgespritzt und geschrubbt, Pflanzen radikal gestutzt, Fugen ausgekratzt, der Erdboden flächendeckend abgetragen, zahllose „Hotspots“ entfernt. Alles mit dem Ziel, die Strahlenwerte unter die Grenzwerte zu drücken. Diese sind allerdings 20 mal höher als die Strahlenbelastung, die international noch als akzeptabel für Wohnorte angesehen wird. Dies bedeute „nicht hinnehmbare gesundheitliche Risiken“ für die Bevölkerung, kritisieren die Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW). Sogar das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte hat aus diesem Grund bei der japanischen Regierung gegen die Aufhebung der Evakuierungszonen protestiert: Die Opfer der Atomkatastrophe dürften nicht ein zweites Mal bestraft und gezwungen werden, in ein weiterhin kontaminiertes Gebiet zu ziehen.

Jeder weiß zudem, dass die Messwerte trügen. Gesäubert wurden nämlich hauptsächlich die Siedlungen selbst. Die Hügel, der Wald, die Natur – das alles hingegen lässt sich nicht dekontaminieren. Jeder Wind, jeder Regenguss, kann deshalb wieder neue strahlende Partikel herbeiwehen. Überall können sich neue Hotspots bilden. Strahlende Partikel, die in den

Körper gelangen, sind besonders gefährlich. Aber Strahlung schmeckt man nicht. Die Schilddrüsenkrebsrate bei Kindern aus der Präfektur Fukushima ist schon heute 15 mal so hoch wie im restlichen Japan. Welche Familie zieht freiwillig zurück in eine solche Gegend?

Für die japanische Regierung und die Präfektur Fukushima ist das ein Problem. Schulen haben eröffnet, ohne Kinder weit und breit. Den Geschäften bleiben die Kund*innen aus. Es gibt weder Arbeitskräfte und noch Jobs. Vor allem aber bleibt, zum Missfallen der Regierung und der AKW-Betreiber, das Image der Atomkraft schlecht. Von den gut 50 Reaktoren in Japan vor der Fukushima-Katastrophe sind erst neun wieder ans Netz gegangen. Einem davon hat ein Gericht unlängst die Genehmigung wieder entzogen, die Erdbebensicherheit sei nicht nachgewiesen.

Rückkehr zur Normalität?

Die japanische Regierung hofft, dass schnellstmöglich wieder Normalität einkehrt. Dass die Katastrophe endet, zumindest in den Köpfen. Dass die immensen Kosten für Entschädigungen, Dekontamination, Aufräumarbeiten nicht immer weiter wachsen. Dass die Bürger*innen aufhören, jeden Reaktorstart zu beklagen und zu bekämpfen. Sie will nicht nur die vielen stillliegenden AKW wieder ans Netz lassen, sogar neue sind geplant. Es soll wieder so sein wie vor dem 11. März 2011. Und Olympia, das Weltereignis, soll dabei helfen.

„Die Olympischen Spiele dürfen nicht dazu missbraucht werden, vom Schicksal der Betroffenen in Japan und der anhaltenden radioaktiven Gefährdung der Menschen dort abzulenken“, warnt die IPPNW. Vom Deutschen Olympischen Sportbund fordert sie, auf die Wettkämpfe und den Fackellauf in Fukushima zu verzichten.

Der Super-GAU von Fukushima, beteuerte Japans Premierminister Shinzo Abe 2013 vor dem Internationalen Olympischen Komitee, sei „unter Kontrolle“. Tokio bekam den Zuschlag.

Südkoreanische Athlet*innen planen nun, Strahlenmessgeräte und eigenes Essen mitzubringen. Greenpeace veröffentlichte vor ein paar Wochen das Ergebnis eigener Strahlenmessungen im Gebiet um Fukushima. Man habe Hotspots gefunden, auf offiziell dekontaminiertem Gebiet. Im J-Village. *Armin Simon*

Keine Wettkämpfe in Fukushima!

In einer gemeinsamen **Unterschriftenaktion** fordern die Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW) und .ausgestrahlt, auf die olympischen Wettbewerbe in Fukushima-City und den Fackellauf in den verstrahlten Gebieten zu verzichten. Die Unterschriften sollen sowohl an das Internationale Olympische Komitee (IOC) in Lausanne als auch an die japanische Regierung übergeben werden.

Hilf mit, die Forderung bekannt zu machen und Unterschriften zu sammeln. **Flyer, Plakate, Comics** und **Unterschriftenlisten** gibt's auf Seite 20. Online unterschreiben kannst Du auf ausgestrahlt.de/radiolympics



Fukushima mahnt!

Rund um den **9. Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima, den 11. März**, wird es an vielen Orten wieder Mahnwachen, Demos (7.3. Berlin, 8.3. Neckarwestheim), Vorträge und Aktionen geben – ebenfalls eine gute Gelegenheit, die „Radiolympics“ zu thematisieren. Eine Terminübersicht findest Du auf ausgestrahlt.de/jahrestage

.ausgestrahlt hilft Dir zudem, Deine eigene Mahnwache und/oder Veranstaltung zu organisieren und bekannt zu machen und vermittelt auch gerne eine*n fachkundige*n **Referent*in** für einen Vortrag. Schreib an carolin.franta@ausgestrahlt.de



Tschernobyl nicht vergessen!

Der Super-GAU im AKW Tschernobyl in der Ukraine jährt sich am 26. April zum 34. Mal. Die **Plakatausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“** und die **Broschüre „Tschernobyl und Fukushima“** von .ausgestrahlt informieren über die Folgen der beiden bisher größten Atomkatastrophen. Bestellung auf Seite 20.

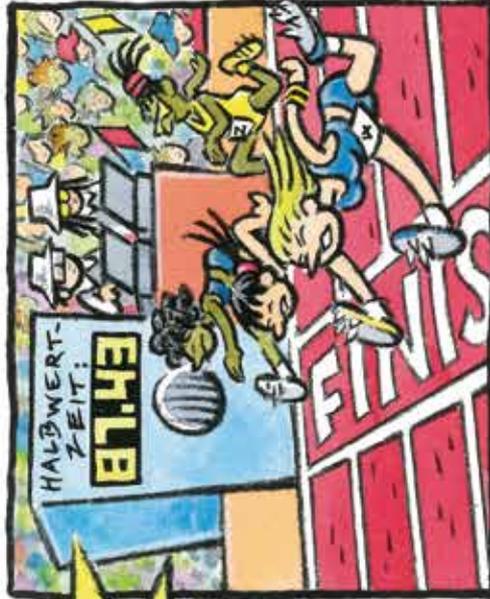


RADIOOLYMPICS 2020



HEISSE MEDAILLENJAGD RUND UM FUKUSHIMA!

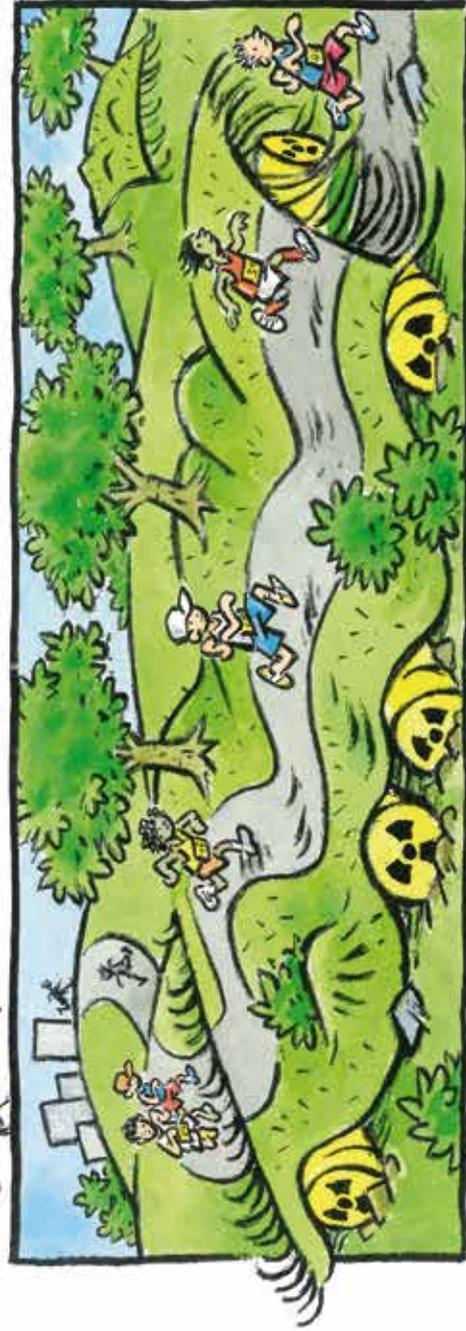
ENTFACHEN DES
OLYMPISCHEN
FEUERS DURCH
DEN BRENN-
STABTRÄGER.



NEUARTIGE ZEITMESSUNG BEI
DEN BAHNWETTBEWERBEN.



HOCHKÄRIGTE VERFOLGUNG-
RENNEN IM VELODROM.



MARATHONLAUF DURCH FRISCH ANGELEGTE LANDSCHAFTSPARKS.



PREMIERE DER FECHTDISZIPLIN
"HARAKIRI" IN UNMITTELBARER
"NÄHE DER UNGLÜCKSREAKTOREN



IMPOSANTE MUTTERE KOIS ALS BEGLEITUNG DER ATHLETEN BEI DEN OUTDOOR-SCHWIMMWETTBEWERBEN.



GELÄNDERITT MIT DEN APOKALYPTISCHEN REITERN.



BALUSPORTARTEN IN GEWÄNDERN JAPANISCHER INDUSTRIEKULTUR.



EXPLOSIVE RINGKÄMPFE VOR EINER ANTIK ANMUTENDEN RUINENKULISSE.



...UND WIE AUF DEN MAJESTÄTISCHEN WOGEN EINES TSUNAMIS GETRAGEN, SCHWEBT ÜBER ALLEM DER HEILIGE GEDANKE DES OLYMPISCHEN GEISTES.

ViS.d.P.: Jochen Stay, ausgestrahlt



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

Protest in Berlin 2015: Schon die Atommüll-Kommission redete von Beteiligung, wollte von wirksamer Mitbestimmung aber nichts wissen

Vom Gefühl, gehört zu werden

Hintergrund | Von wirksamer Mitbestimmung der Betroffenen wollen die am Standortsuchverfahren beteiligten Institutionen nichts wissen. Sie planen stattdessen ihren „D-Day“ – und versuchen Kritiker*innen so einzubinden, dass dies ihren Entscheidungen Akzeptanz verschafft

Till Steffen, der Hamburger Justizsenator, brachte es beim 6. Hamburger Mediationstag „Politik – m(M)acht – Mediation“ im Juni treffend auf den Punkt: Vor zwanzig Jahren, schilderte er, sei den Behörden vermittelt worden, dass sie Bürger*innen überhaupt zu Wort kommen lassen müssten. Vor zehn Jahren hätten die Behörden dann lernen müssen, dass sie auch noch verstehen müssten, was die Bürger*innen ihnen denn sagen wollten, und heute ginge es nun darum, dass „Schön, dass wir darüber geredet haben!“ eben zu wenig sei. Ergebnisse von Bürger*innen-Beteiligung müssten vielmehr auch wirksam werden.

Von dieser Haltung sind Politik und die am Standortauswahlverfahren für ein tiefegeologisches Atommüll-Lager beteiligten Institutionen, das Bundesumweltministerium (BMU), das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) [seit 1.1.: Bundesamt für die

Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), d. Red.] sowie die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), noch weit entfernt. Ergebniswirksamkeit von Beteiligung ist in diesem Verfahren leider Fehlanzeige. Statt mit den Betroffenen gemeinsam nach der am wenigsten schlechten Lagerstätte für den Atommüll zu suchen, arbeiten die Behörden vielmehr daran, Akzeptanz für ihren Weg zu beschaffen – gegen die zu erwartenden Widerstände der Bevölkerung.

Planung für den „D-Day“

In der derzeit laufenden ersten Phase der Standortsuche versuchen die Behörden deshalb, möglichst viele Pflöcke einzuschlagen, bevor sie erstmals Regionen („Teilgebiete“) benennen und damit reale Betroffenheit schaffen. So legen sie beispielweise die Sicherheitsanforderungen bereits unverrückbar fest.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) nennt den Tag der Verkündung der konkreten

Suchregionen („Teilgebiete“) intern „D-Day“ – ein militärischer Begriff und Synonym für eine der größten Operationen des 2. Weltkriegs, den Tag der Landung der Alliierten in der Normandie. Dieser Kampf- statt Kooperationsmodus der Behörden ist höchst problematisch. Er stellt Kritiker*innen des Verfahrens insbesondere in der Kombination mit einer veränderten Kommunikationsstrategie der Institutionen vor deutliche Herausforderungen.

Strategien der Einbindung

Berater*innen für Krisenkommunikation bringen Unternehmen und Behörden heutzutage bei, wie sie Bürger*innen bestmöglich das *Gefühl* geben, gehört zu werden. Das „aktive Zuhören“ gehört mittlerweile zum kommunikativen Standardrepertoire in der sogenannten Beteiligung. Dies jedoch macht es Betroffenen umso schwerer, zeitnah zu merken, dass sie mitnichten ergebniswirksam beteiligt, sondern vielmehr strategisch eingebunden werden, weil sie sich beteiligt *fühlen* statt beteiligt zu werden.

Diese Einbindungsstrategie hat im Standortauswahl-Verfahren für ein Atommüll-Lager unterschiedliche Facetten:

1. Betroffene dürfen durchaus Stellungnahmen abgeben und im Rahmen von Veranstaltungen wird ihnen auch verdeutlicht, dass ihre Kritik gehört und verstanden wurde. Im weiteren Verlauf jedoch wird diese Kritik geflissentlich ignoriert und nicht weiter berücksichtigt.
2. In ihrer Öffentlichkeitsarbeit, auf ihrer Webseite und ihren Social-Media-Kanälen, machen die beteiligten Institutionen dagegen deutlich, dass der Umweltverband X oder die Initiative Y Raum bekommen hätte, um ihre Kritik vorzustellen. Auf Fotos von Veranstaltungen sind bevorzugt die wenigen anwesenden Kritiker*innen sichtbar.
3. Im weiteren Verlauf wird nur noch die Teilnahme an der Veranstaltung thematisiert und die Kritik nicht mehr benannt. Hierbei wird häufig generalisiert, wie zum Beispiel bei der Arbeit der Atommüll-Kommission: Aus „Der BUND hat sich als einziger Umweltverband beteiligt und beim Kommissionsergebnis mit NEIN gestimmt.“ wird so ein „Die Umweltverbände haben das Ergebnis der Kommission mit erarbeitet.“
4. Zu irrelevanten Fragen wird tatsächlich ergebniswirksame Mitgestaltung zugelassen,

wie beispielsweise die Einladung der Umweltverbände und Initiativen zur Frage, wie der Zwischenbericht Teilgebiete gegliedert werden sollte oder Vertreter*innen der jungen Generation zur Frage nach der besten Social-Media-Strategie.

5. Bei der Nachbesetzung der Zufallsbürger*innen für das Nationale Begleitgremium (NBG) wird entgegen der gesetzlichen Möglichkeiten versucht, neue Zufallsbürger*innen zu gewinnen anstatt die in die Materie eingearbeiteten, mittlerweile kritischen Personen weiter im Gremium zu halten.
6. Wenn Kritiker*innen Elemente fordern, welche die beteiligten Institutionen sowieso planen, besteht die Gefahr, dass die Behörden diese strategisch als substantielles Aufgreifen von Vorschlägen und somit ungerechtfertigter Weise als Zeichen der Ergebniswirksamkeit des Beteiligungsverfahrens verkaufen.

Beteiligungs-Simulation erkennen

Als Politik und Behörden im letzten Jahrtausend schlicht jegliche Beteiligung rundheraus ablehnten, war allen Betroffenen klar, dass es sich hier um eine Durchsetzungsstrategie handelte und Widerstand die einzig passende Antwort darauf sei.

Heutzutage jedoch tun Institutionen immer gekonnter so, als ob sie die Betroffenen beteiligen würden. Deshalb ist es für Menschen schwer, diese Beteiligungssimulationen als solche zu erkennen, wenn sie nicht über die „Beteiligungs“-Erfahrungen der letzten Jahrzehnte verfügen. Dies gilt für junge Menschen gleichermaßen wie für Betroffene potenzieller Standorte, die erstmalig mit diesem Behördenhandeln in Kontakt kommen.

Es ist deshalb wichtig, das konkrete Handeln der Institutionen als Beteiligungssimulation zu erkennen und öffentlich als Versuch der strategischen Einbindung zu benennen.

Eine zentrale Frage für Umweltverbände, Initiativen und Betroffene aus den konkreten Such-Regionen („Teilgebiete“) wird es in den kommenden Jahren sein, Wege zu finden, sich unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen im Verfahren kritisch einzubringen, ohne sich strategisch einbinden zu lassen und als Akzeptanzbeschaffer*innen für ein verfehltes Suchverfahren zu dienen.

Bloß keine Betroffenheit

Im StandAG steht unter § 13: „Der Vorhabenträger hat (...) Teilgebiete zu ermitteln, die günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle erwarten lassen. (...) Der Vorhabenträger veröffentlicht das Ergebnis in einem Zwischenbericht.“ Da die beteiligten Institutionen sich jedoch vor der betroffenen Bevölkerung fürchten, versuchen sie nun mit allen Mitteln zu vermeiden, dass sich Menschen als Betroffene sehen könnten.

Das BfE interpretiert den gesetzlichen Auftrag daher um, wie es am 14.11.2019 in einer Presseerklärung mitteilte: „Für das kommende Jahr hat das mit der Suche beauftragte Unternehmen, (...), einen ersten Zwischenbericht angekündigt. Der Bericht wird die Gebiete benennen, die infolge grundsätzlich fehlender Voraussetzungen aus dem weiteren Suchverfahren **ausgeschlossen** [Hervorhebung S.F.] werden.“

Die Idee hinter diesem Spin ist durchschaubar: Es handelt sich um den Versuch, das Märchen von der „weißen Landkarte“ möglichst lange aufrecht zu erhalten. Es werden schließlich keine potenziellen Standort-Regionen benannt, sondern nur ein paar Gebiete ausgeschlossen. Dieser Logik zufolge gibt es weiterhin keine Betroffenen, sondern nur Nicht-Nicht-Betroffene – in der Hoffnung, bloß keine Unruhe zu erzeugen.

Silke Freitag

„Wir würden gerne mal kurz unterbrechen“

Porträt | David Haase, 25, studiert Friedens- und Konfliktforschung und mischt mit dem „Jungen Netzwerk für politische Aktionen“ (Junepa) nicht nur den Jugend-Workshop zur Atommüll-Lager-Suche auf



Foto: privat

Meine letzte Aktion war im Oktober in Kassel. Die staatlichen Akteure der Standortsuche für ein tiefengeologisches Atommüll-Lager, also das Atommüll-Bundesamt (BfE/BASE), die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und das „Nationale Begleitgremium“ (NBG), hatten einen Workshop unter dem Titel „#Dein_Endlager“ organisiert. Zielgruppe waren dezidiert Jugendliche, und laut Flyer sollte es darum gehen, herauszufinden, wie man die junge Generation für das Standortauswahlverfahren begeistern beziehungsweise dieses medial positiv belegen und verkaufen kann. Da waren ca. 60 Leute, plus an die 20 Vertreter*innen der drei Veranstalter*innen.

Die drei Institutionen BfE, BGE und NBG sollen sich ja eigentlich gegenseitig kontrollieren. Auf dem Workshop haben sie aber Hand in Hand gespielt. Das Ganze fand in einem 4-Sterne-Hotel statt, mit extra bestelltem Waffelmann und so, kurz: Man sollte sich wohlfühlen und der Sache und den Veranstalter*innen erstmal wohlwollend gegenüberstehen.

#Nicht_mein_Endlager

Wir waren zu dritt, hatten uns mit Vornamen angemeldet, das reichte. Eine weitere Person

hat von zu Hause aus die Social-Media-Kanäle betreut. Natürlich sind wir hingefahren mit der Idee, da was Kritisches machen zu wollen. Wo wir wie am besten eingreifen, haben wir aber erst dort überlegt – und

dann entschieden, das Programm zu einem bestimmten Zeitpunkt zu unterbrechen und unsere Kritik zu erläutern: die Intransparenz des

Standortauswahlverfahrens, das keineswegs erfüllt, was es versprochen hat, und das weder selbstlernend noch selbstkontrollierend ist. Und den Workshop, der ja eher eine Werbeveranstaltung für die Atommüll-Lager-Suche war: Denn was für eine Partizipation soll das sein, bei der es nur darum geht, die Institutionen zu beraten, wie sie sich an Jugendliche ranmachen können, anstatt über das Suchverfahren selbst zu reden und seine Pseudo-Beteiligung der Betroffenen? Ein Referent der Veranstalter*innen hatte am Vorabend ganz offen eingeräumt: Partizipation im Sinne von Entscheidungsbeteiligung der Bevölkerung ist im Standortauswahlverfahren gar nicht vorgesehen.

Die ganze Aktion haben wir über Twitter dokumentiert, mit kleinen Videos und unserem eigenen Hashtag „#Nicht_Mein_Endlager“. Da ist einiges gelaufen auch an Diskussionen bis weit in die Nacht.

Im Vorhinein hatten wir überlegt, was man bei so einer Veranstaltung überhaupt machen könnte, eine Aktion vor Ort mit einem Banner etwa und einem Redebeitrag auf der Bühne. Oder einfach vor dem Gebäude protestieren. „Gehen wir wirklich rein und nehmen teil oder bleiben wir draußen?“, haben wir uns gefragt, wollten uns das aber mal angucken. Vor Ort haben wir dann entschieden, auch nach unserem Statement noch dazubleiben und mit den Leuten zu diskutieren. Das hat es der BGE natürlich erleichtert, unsere Aktion in ihrer Außenkommunikation für sich zu nutzen und zu sagen: Es gab auch Kritik. Aber bei den Teilnehmer*innen selbst hat es uns Sympathien eingebracht.

Unser erster Workshop am Samstagmorgen war also, aufs Zimmer zu gehen und uns zu beraten und vorzubereiten, wer was macht und sagt. Als dann alle zurück kamen zur Auswertung im

„Was für eine Partizipation soll das sein, bei der es nur darum geht, die Institutionen zu beraten, wie sie sich an Jugendliche ranmachen können?“

Plenum, haben wir die Gelegenheit genutzt, um zu sagen: Moment, wir würden das Programm gerne mal kurz unterbrechen und Kritik an dem Workshop und der Sache an sich äußern. Das war der spannende Punkt, denn es war nicht klar, wie die anderen darauf reagieren würden. Einzelne Stimmen haben auch gleich gemurmelt, was das denn solle. Viele haben aber auch gesagt: Lasst sie doch mal reden! Die Abstimmung ergab dann eine klare Mehrheit dafür, uns zuzuhören.

Weil das direkt vor dem Mittagessen war, war unsere Kritik auch beim Mittagessen noch

Thema. Anschließend kamen rund 20 der 60 Teilnehmer*innen in den von uns angebotenen Workshop, wo es dann drei bis vier Stunden lang ein sehr angeregtes Gespräch gab. Viele konnten unsere Position nachvollziehen, einige waren einer Meinung mit uns, aber es gab auch welche, die das Verfahren an sich deutlich weniger kritisch bewertet haben. Unser Abendprogramm bestand schließlich darin, Twitter zu bearbeiten, am Sonntagmorgen haben wir noch ausgewertet.

In den Diskussionen haben sich einige Teilnehmer*innen auf den Schlips getreten gefühlt, weil wir ja auch die Veranstaltung selbst kritisiert haben, zu der sie extra angereist sind. Die Organisator*innen wiederum haben bei jeder Gelegenheit gesagt: Gut, dass wir gekommen seien, denn Kritik sei ja so wichtig. Andererseits saß beim Mittagessen der im Atommüll-Bundesamt für „Öffentlichkeitsbeteiligung beim Standortauswahlverfahren“ Verantwortliche neben uns und sah gar nicht glücklich aus.

Atomkraft-Werbung im Biomarkt?

Junepa, „Junges Netzwerk für politische Aktionen“, gibt es seit sechs Jahren, ich bin seit der Gründung dabei. Wir sind unabhängig von anderen Organisationen und eine sehr offene Struktur, im organisatorischen Kern vielleicht ein Dutzend Leute, zu Aktionen kommen manchmal deutlich mehr. Drei- bis viermal im Jahr gibt es bundesweite Treffen. Unser Altersschnitt liegt bei Mitte 20, eine offizielle Altersbeschränkung gibt es aber nicht. Alle sind ehrenamtlich aktiv. Unsere Themen sind, wofür sich Leute von uns interessieren: Atommüll, Rüstung, Klima, Kohle, Atomwaffen

– immer das, wofür gerade Energie und Motivation da sind.

Erst neulich etwa haben sich einige von uns die Biosupermarktkette Denn's vorgeknöpft. Die machen doch tatsächlich mit dem Spruch „Kernkraft? Ja bitte!“ Werbung – für Körner und Sortenvielfalt zwar, in unseren Augen aber ist das nicht nur missverständlich, sondern hochgefährlich. Da reiben sich die Atomkraft-Fans doch die Hände! Leute aus unserer Regionalgruppe Lüneburg haben die Flyer mit dem blöden Spruch in der Auslage gesehen und beschlossen, dass das so nicht stehen

bleiben kann. Also sind sie rein und haben erst mal unauffällig alle Flyer eingepackt. Zu Hause haben sie dann „Atomkraft? Nein danke“-Sonnenschilder geklebt und einen eigenen Flyer eingelegt, der erläutert: „In Zeiten, in

denen Atomkraft als Lösung für die Klimawandel propagiert wird, in denen Pro-Atom-Vereine auf Fridays-for-Future-Demos Flyer verteilen und Atomlobbyisten sich für Laufzeitverlängerungen einsetzen, muss es ganz klar heißen: ‚Atomkraft? Nein Danke!‘“ Und dass es auch von Denn's „eine klare Positionierung gegen Atomkraft und für eine zukunftsfähige Lebensweise“ brauche.

Die solchermaßen aufgepeppten Flyer haben sie dann wieder im Laden ausgelegt. Niemand hat deren kleinen Korrekturausflug bemerkt, jedenfalls zunächst nicht. Beim nächsten Besuch waren dann allerdings alle Flyer weg. Ob Leute sie mitgenommen oder Denn's sie entfernt hat, wissen wir zwar nicht. Auf jeden Fall hatten sie aber keine neuen ausgelegt. Auf Twitter haben wir dann dazu aufgerufen, die Aktion nachzumachen. Unseren Einlegeflyer kann man da übrigens gleich downloaden ...

junepa.de

Protokoll: Armin Simon

Anzeige



Klimaschutz mit Rebellenkraft!

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte. Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.

www.ews-schoenau.de



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.



Tag X: Aktionen in Biblis und anderswo

Am Transporttag sind entlang der Transportstrecke, in Biblis und am AKW Biblis Mahnwachen und unterschiedlichste Aktionen gegen die überflüssige Atommüll-Verschlebung, gegen den Weiterbetrieb der AKW und gegen die unsichere Zwischenlagerung geplant.

Aktuelle Infos unter castor-stoppen.de und ausgestrahlt.de sowie im Newsletter von [ausgestrahlt](http://ausgestrahlt.de) (kostenlos abonnieren unter ausgestrahlt.de/newsletter).

X

Castor-Alarm Biblis

Hintergrund | Noch dieses Frühjahr soll ein Castor-Transport hochradioaktiven Müll von Sellafield nach Biblis bringen. Proteste geplant

2011 rollte der vorerst letzte Castor-Transport aus dem französischen La Hague nach Gorleben. Es war seit 1995 der dreizehnte Atommüll-Zug ins Wendland. Insgesamt 113 Behälter stehen im oberirdischen Zwischenlager. Da der massenhafte Widerstand dazu führte, dass die Transporte von Mal zu Mal länger dauerten und der polizeiliche Aufwand immer größer wurde, zog die Politik schließlich die Notbremse.

Gleichzeitig mit dem gesetzlichen Neustart der Standortsuche für ein tiefeingeologisches Atommüll-Lager im Jahr 2013 verbot der Bundestag weitere Castor-Lieferungen nach Gorleben – zumindest so lange, bis der Ort für die dauerhafte Verwahrung der hochradioaktiven Abfälle bestimmt ist. Sollte Gorleben dieser Ort werden, würden in einigen Jahrzehnten noch etwa 1.800 weitere Behälter ins Wendland rollen.

Vier Transporte, 25 Castoren

Die noch in den Plutonium-Fabriken in Sellafield (Großbritannien) und La Hague (Frankreich) lagernden Abfälle aus der Verarbeitung von abgebrannten Brennelementen aus deutschen Atomkraftwerken sollen in den kommenden Jahren in die Bundesrepublik gebracht werden. Es handelt sich um insgesamt 25 Castoren, fünf aus La Hague und 20 aus Sellafield.

Bund und Länder haben sich darauf geeinigt, diesen Atommüll auf vier Standorte zu verteilen, nämlich die Zwischenlager-Hallen an den AKW Ohu/Isar (Bayern), Philippsburg (Baden-Württemberg), Biblis (Hessen) und Brokdorf (Schleswig-Holstein).

Der erste dieser Transporte soll dieses Frühjahr von Sellafield nach Biblis rollen. Für Herbst 2021

planen die Betreiber dann den Transport von La Hague nach Philippsburg. Ohu und Brokdorf sind frühestens 2023 dran.

Es ist richtig, Atommüll aus deutschen AKW nicht zu exportieren und den, der in anderen Ländern lagert, wieder zurückzunehmen. Doch das sollte erst dann passieren, wenn klar ist, wo er dauerhaft gelagert wird. Denn sonst verdoppelt sich die Zahl der gefährlichen Castor-Transporte – erst zum Zwischenlager und danach wieder weiter.

Außerdem sind die Zwischenlager-Hallen an den Kraftwerken nicht sicher gegen Flugzeugabsturz und Beschuss mit panzerbrechenden Waffen. Das Bundesverwaltungsgericht hat deswegen der Halle in Brunsbüttel 2015 die Genehmigung entzogen. Die anderen Lager sind baugleich oder sogar weniger stabil gebaut. Dass sie noch genehmigt sind, hat keine sachlichen, sondern nur formaljuristische Gründe: Der Klageweg dort war bereits abgeschlossen, bevor das Bundesverwaltungsgericht ein entscheidendes Urteil zur Frage der Flugzeugabsturzsicherheit gefällt hatte.

Völkerrechtliche Verpflichtungen?

Die bis 2011 fast jedes Jahr rollenden Atommüll-Züge ins Wendland begründete die Bundesregierung regelmäßig mit dem Verweis auf angebliche völkerrechtliche Verpflichtungen, die einen längeren Verbleib des Mülls im Ausland nicht zuließen. Nun jedoch ist seit mehr als acht Jahren kein Castor mehr zurückgenommen worden – offensichtlich ohne dass es deshalb Ärger mit den Vertragspartnern gab. Das spricht dafür, dass auch eine längere Lagerung in Sellafield und La Hague weder ein völkerrechtliches noch ein diplomatisches Problem darstellt.

Das Atommüll-Bundesamt hat am 23. Dezember die Einlagerungsgenehmigung für die Sellafield-Castoren in Biblis erteilt. Nun fehlt nur noch die Transportgenehmigung. Atomkraftgegner*innen haben Proteste und Aktionen angekündigt (siehe links), um gegen den Weiterbetrieb der AKW und die ungeklärten Zwischenlagerprobleme zu demonstrieren.



Foto: C. Mick / BZG

Probeanlieferung eines Castor-Behälters im Zwischenlager Biblis im November 2019

Atomkraft in Weißrussland

Hintergrund | Russische Expansionspläne – oder: der totalitäre Weg in den Atom-Club



Kein anderes Land bekam 1986 mehr vom Fallout ab: Der Super-GAU von Tschernobyl, gleich hinter der Grenze, stoppte zunächst auch die weißrussischen AKW-Pläne. Doch schon wenige Jahre später setzte die Regierung erneut auf Atomkraft. Das Parlament intervenierte 1998 und beschloss ein Moratorium. Das hinderte Diktator Lukaschenko allerdings nicht, in den Jahren 2005 bis 2008 die Entscheidungen zum Bau zweier 1.000-Megawatt-Reaktoren in der Nähe der Stadt Astrawez unweit der litauischen Grenze zu treffen – ohne Rücksicht auf die Meinung der Bürger*innen, auf internationale Verfahren und eben auf nationales Recht.

Eine wirtschaftliche Begründung für das AKW-Projekt ist schwer zu finden. Unterlagen dazu hält die Regierung unter Verschluss. Unabhängige Bewertungen zeigten, dass das AKW für Weißrussland sogar ökonomisch negative Folgen haben würde. Im Zuge der vorgeschriebenen Umweltpflichtung 2010 wiesen unabhängige Expert*innen zudem auf die inakzeptablen Umweltrisiken eines solchen Projekts hin. Die Behörden jedoch ignorierten dies und genehmigten den Bau – ohne Ausschreibung und ohne dass es irgendwo einen Referenzreaktor dieses Typs gegeben hätte; beides wäre gesetzlich vorgeschrieben gewesen.

Die Frage ist, was Weißrussland mit seinem kleinen Stromnetz – die Gesamtleistung betrug 2016 etwa zehn Gigawatt – mit einem AKW will, dessen zwei Reaktoren zusammen rund 20 Prozent dieser Kapazitäten entsprechen und das deshalb die Stabilität der Stromversorgung gefährdet. Der russische Politologe Andrey Suzdaltsev nannte 2005 den einzigen politischen Grund dafür: Lukaschenkos (von Russland eifrig

beförderter) Glaube, ein AKW würde Weißrussland vor einer Intervention der USA schützen und so seine Macht bewahren.

Souveränität des Landes auf dem Spiel

Doch die atomaren Risiken beschränken sich nicht auf Wirtschaft und Energieversorgung. Die Reaktoren, die nach den russischen Vor-Fukushima-Standards konzipiert wurden, weisen eine ganze Reihe von Mängeln auf, wie 2019 das europäische Peer-Review der Stress-tests zeigte. Der Europäischen Arbeitsgruppe für nukleare Sicherheit (ENSREG) zufolge entspricht das Astrawez-Projekt nicht einmal den aktuellen Sicherheitsempfehlungen der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEA und der WENRA, dem Zusammenschluss der westeuropäischen Atomaufsichtsbehörden. Darüber hinaus haben EU-Expert*innen noch Fragen zur Erdbebensicherheit des Standorts selbst und zu wichtigen Systemen des AKW.

Die Art und Weise, in der die russische Atomindustrie und die totalitäre weißrussische Regierung das Projekt durchgezogen haben, hat bereits zu einer beispiellosen Zahl von Unfällen geführt und der „Belarus Anti-Nuclear Campaign“ (BANC) zufolge die Sicherheitsrisiken des Reaktors weiter erhöht. Seit 2009 sind mehr als ein Dutzend Arbeiter auf der Baustelle zu Tode gekommen. Im Sommer 2016 ließ das mit dem Bau betraute russische Bauunternehmen Sesame, ein Subunternehmer des staatlichen Atomkonzerns Rosatom, den für Block 1 bestimmten mehrere hundert Tonnen schweren Reaktordruckbehälter aus einer Höhe von vier Metern herunterfallen. Unter dem Druck der Öffentlichkeit musste er zwar durch einen neuen

ersetzt werden, was eine mehrmonatige Verzögerung bedeutete. Doch auch der neue Koloss erreichte die Baustelle nicht ohne Zwischenfall: An einem Bahnhof rammte er mit einem seiner Rohrstützen gegen einen großen Betonmast. Auch was mit den abgebrannten Brennstäben einmal passieren soll, ist unklar: Es gibt nicht einmal ein Zwischenlager dafür.

Öffentlichkeit und Nachbarländer schlagen Alarm

Öffentliche Proteste gegen den Bau des AKW gibt es seit 2008. Damals gründeten Umweltorganisationen, politische Parteien und Wissenschaftler*innen die BANC. Lukaschenko bezeichnete die Atomkraftgegner*innen, Wissenschaftler*innen eingeschlossen, als „echte Feinde des Volkes“ und ließ sie unterdrücken und verfolgen, wie etwa die Organe der Aarhus-Konvention in einer Entscheidung von 2017 feststellten.

Besorgt ist auch das Nachbarland Litauen: Im Falle eines schweren Unfalls müssten alle staatlichen Einrichtungen und alle Einwohner*innen der Hauptstadt Vilnius, die nur 50 Kilometer von Astrawez entfernt liegt, evakuiert werden. 2017 verabschiedete Litauen deshalb ein Gesetz, das den Strommarkt für weißrussischen Atomstrom sperrt. Für das AKW-Projekt ist das ein schwerer Schlag, denn in Weißrussland selbst ist gar kein Bedarf für den Atomstrom vorhanden.

Ein politisches Motiv hingegen bleibt: Die Atomtechnologie, die russischen Kredite dafür und die Abhängigkeit beim Atommüll stärken den Einfluss von Putin auf Weißrussland und sein Bestreben, aus beiden Ländern „einen Staat“ zu formen.

Tatyana Ivanova

.ausgestrahlt-Shop

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material für Dein Engagement gegen Atomkraft. Bestellung per Telefon 040 / 2531 8940 oder direkt online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: ausgestrahlt.de/shop

Für Deine Bestellung innerhalb Deutschlands fallen 4,70 € anteilige Versandkosten an.

FUKUSHIMA-JAHRESTAG

NEU Comic-Plakat

„RADIOLYMPICS 2020“

Heiße Medaillenjagd rund um Fukushima ... Ein Comic von Andi Wolff für .ausgestrahlt.

A2 – kostenlos M-310-48



NEU Unterschriftenliste

„Radioactive Olympics“

„Keine olympischen Wettbewerbe in radioaktiv kontaminierten Regionen!“ Mit Platz für 14 Unterschriften.

A4, doppelseitig – kostenlos M-310-46



NEU Flyer

„Radioactive Olympics“

Herausgegeben von den Ärzten gegen den Atomkrieg (IPPNW), unterstützt von .ausgestrahlt.

DIN lang, sechseitig – kostenlos M-310-45



Broschüre

„Tschernobyl und Fukushima“

Fragen und Antworten zu den beiden bisher größten Atomkatastrophen.

Herausgegeben von .ausgestrahlt und IPPNW.

1. Auflage, Januar 2016.

A6, 40 Seiten – 40 Cent

(ab 10 Exemplaren 30 Cent/Stück) V-125-12

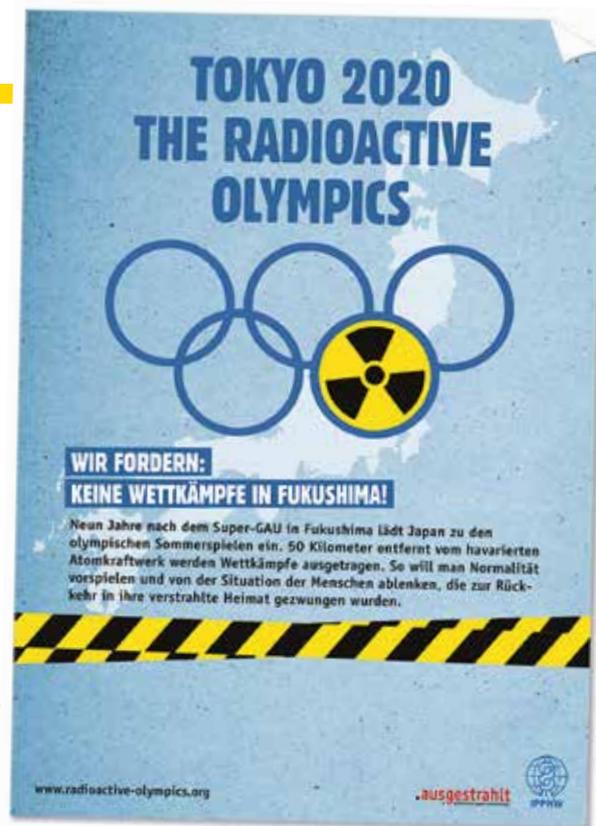


Aufkleber

„Fukushima ist überall“

Für draußen geeignet.

18 x 5,5 cm – 50 Cent V-300-01



WIR FORDERN:

KEINE WETTKÄMPFE IN FUKUSHIMA!

Neun Jahre nach dem Super-GAU in Fukushima lädt Japan zu den olympischen Sommerspielen ein. 50 Kilometer entfernt vom havarierten Atomkraftwerk werden Wettkämpfe ausgetragen. So will man Normalität vortäuschen und von der Situation der Menschen ablenken, die zur Rückkehr in ihre verstrahlte Heimat gezwungen wurden.

NEU Plakat

„Radioactive Olympics“

Olympische Sommerspiele in Japan 2020: Wir fordern Solidarität mit den Menschen, die in verstrahlte Gebiete zurückkehren mussten. Keine Wettkämpfe in Fukushima! Mit Platz zur Ankündigung Deiner Mahnwache/Deiner Veranstaltung.

A3 – kostenlos M-310-47



Ausstellung

„Fukushima, Tschernobyl und wir“

Mit Infos, Bildern, Grafiken zu den beiden bisher größten Atomkatastrophen.

Set aus 15 Plakaten, A1

120 Euro Soli-Preis V-310-01-3

60 Euro Normal-Preis V-310-01-2

30 Euro Leider-leider-Preis V-310-01-1

Transparent

„Fukushima ist überall“

Wetterfest, mit abgenähten Tunneln an beiden Seiten zum Einstecken von Stäben und mit Ösen an den Ecken zum Befestigen.

300 x 70 cm – 25 Euro V-300-03

ATOMMÜLL

NEU Plakat-Ausstellung

„Standortsuche Atommüll-Lager“

Sechs A0-Plakate mit Infos und Grafiken zur Suche nach einem Langzeit-Lager für hochradioaktiven Müll.

120 Euro Soli-Preis V-302-15-3

80 Euro Normal-Preis V-302-15-2

40 Euro Leider-leider-Preis V-302-15-1



NEU Flyer

„Stiftung Atomerbe“

Das Vermächtnis der Anti-Atom-Bewegung. Eine Stiftung für mehr Sicherheit bei der Atommüll-Verwahrung.

DIN lang, sechseitig – kostenlos M-222-04



Atommüll-Zeitung Nr. 2

Vor zwei Jahren startete das Suchverfahren für das deutsche Atommüll-Lager mit lauter guten Versprechen: Partizipation, Transparenz, Wissenschaftlichkeit – sogar lernend wollte das Verfahren sein. Was ist daraus geworden? Ein Zwischenbericht.

„taz“-Format, vierseitig – kostenlos M-302-41



Atommüll-Zeitung Nr. 1

Themen: Wohin mit dem deutschen Atommüll? Welcher Kreis kann von der Standortsuche betroffen sein? Wie wissenschaftlich ist die Atommülllager-Suche?

„taz“-Format, vierseitig – kostenlos M-302-35



WEG MIT KOHLE UND ATOM

Aufkleber

„Weg mit Kohle UND Atom – Erneuerbar ist unser Strom!“

Wetterfeste Neuauflage.

8 x 10 cm – 75 Cent V-309-03



Flyer

„Atomkraft ist kein Klimaretter“

Klimaschutz? Ja bitte! Aber nur mit Erneuerbaren Energien, nicht mit Atomkraft.

DIN lang, doppelseitig – kostenlos M-309-19



Transparent

„Weg mit Kohle und Atom“

Wetterfest, mit abgenähten Tunneln an beiden Seiten zum Einstecken von Stäben, an den Ecken Ösen zum Befestigen. 250 x 70 cm

Solipreis – 45 Euro V-309-01-1

Normalpreis – 30 Euro V-309-01-2

Leider-leider-Preis – 15 Euro V-309-01-3

Aufkleber

„Atomkraft? Nein danke“

Wetterfest.

Klein, Ø 5,5 cm – 50 Cent V-123-02

Mittel, Ø 11 cm – 75 Cent V-123-01

Maxi, Ø 33 cm – 5 Euro V-123-03



Flyer

„Richtig abschalten“

Atom- und Kohleausstieg sind kein Widerspruch.

DIN lang, achteitig – kostenlos M-309-17



NEUE REAKTOREN

Flyer

„Schöne neue Reaktorwelt“

„Generation IV“ und andere neue AKW.

DIN lang, achteitig – kostenlos M-128-05



.ausgestrahlt

.ausgestrahlt-Magazin Nr. 46

Zum Auslegen und Verteilen.

A4, 24 Seiten – kostenlos M-121-46





Foto: Kina Becker

Status? Besorgniserregend

Informieren, vernetzen, einmischen: Mehr als 100 aktive und interessierte Bürger*innen aus potenziellen Atommüll-Lager-Regionen in ganz Deutschland tauschen sich am 9. November in Hannover auf der ersten Alternativen Statuskonferenz zur Standortsuche für ein Atommüll-Lager aus. Kritische Fachleute informieren über das seit 2017 laufende Suchverfahren und seine Tücken, die Betroffenen diskutieren, auf welche Weise sie Einfluss nehmen und sich einmischen können. Die Betroffenen-Konferenz – kurz vor der behördlichen „Statuskonferenz“ des Atommüll-Bundesamts – und die Positionen der Atomkraftgegner*innen finden auch in den Medien große Beachtung. .ausgestrahlt hat die Alternative Statuskonferenz gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad und der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg organisiert. ausgestrahlt.de/standortsuche

Offener Brief gegen Atom-Greenwashing

Mit Pressearbeit, einem Hintergrundpapier und als Mitunterzeichner eines europaweiten offenen Briefs von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen macht .ausgestrahlt Druck dafür, dass die EU Investitionen in Atomkraft nicht als „nachhaltige“ Geldanlage klassifiziert. Mehr dazu auf Seite 12/13.

Weg mit Kohle und Atom

Auf zahlreichen Klimastreik-Demos am 29. November wehen Anti-Atom-Fahnen und „Weg mit Kohle und Atom“-Banner – keine Chance für Pro-Atom-Lobbyist*innen.



Foto: Frigof Gersch

Klimastreik am 29. November in Wiesbaden

Abschaltfest in Philippsburg

Vor dem Tor des AKW Philippsburg-2 bei Karlsruhe stoßen Atomkraftgegner*innen am 29. Dezember auf das endgültige Aus des Reaktors am Silvesterabend an. Sie erinnern daran, dass der Reaktor 32 seiner 35 Betriebsjahre de facto illegal am Netz war, weil er, ohne dass es den Behörden aufgefallen wäre, noch nicht einmal über den schon bei seinem Bau vorgeschriebenen Minimalschutz gegen den Absturz bestimmter Militärfahrzeuge verfügte. Seit dem 1. Januar ist Baden nun atomkraftfrei. Bundesweit sind allerdings weiterhin sechs AKW am Netz, weswegen Deutschland auch nach 18 Jahren „Atomausstieg“ der zweitgrößte Atomstromproduzent in der EU bleibt.



Fotos: Gudrun Vangemehin

„Stiftung Atomerbe“ gegründet

Aufruf | Den kommenden Generationen mehr vermachen als ewig strahlenden Atommüll – das ermöglicht die von .ausgestrahlt gegründete Stiftung: Bist Du dabei?



Die kommenden Generationen werden riesige Mengen Atommüll und somit eine über Jahrtausende hinweg lebensbedrohliche Gefahr für Mensch und Umwelt erben. Das ist bittere Realität. Die Anti-Atom-Bewegung hat Jahrzehnte dafür gekämpft, diese atomare Erblast zu verhindern. Zum Teil ist dies gelungen: Ohne diesen Protest wäre der Atommüll-Berg noch viel größer. Dennoch, der Müll ist da und muss nun für unvorstellbar lange Zeiträume möglichst sicher verwahrt werden. Er lässt sich nicht mehr aus der Welt zaubern. Das Ziel muss also sein, die am wenigsten schlechte Lagermethode zu finden und dafür den (oder die) am wenigsten ungeeigneten Ort(e).

Realistisch betrachtet kann die Anti-Atom-Bewegung zwar heute engagiert für einen fairen und verantwortungsbewussten Umgang mit diesem Müll in der Zukunft streiten, damit sich die Fehler der Vergangenheit wie in der Asse nicht wiederholen. Niemand aus der Bewegung wird es aber selbst noch erleben, dass das strahlende Erbe an den am wenigsten schlechten Orten dauerhaft gelagert wird.

Kritische Einmischung auch in Zukunft nötig

In den kommenden Jahrzehnten besteht die Gefahr, dass Entscheidungen über die Lagerung nicht anhand der Anforderungen an die Sicherheit erfolgen, sondern vielmehr an politischen oder ökonomischen Interessen ausgerichtet werden. Deshalb wird es auch zukünftig nötig sein, dass Betroffene, unabhängige Wissenschaftler*innen und gesellschaftliche Organisationen sich in Fragen der Atommüll-Lagerung kritisch einbringen, um mehr Sicherheit bei der Atommüll-Verwahrung durchzusetzen.

.ausgestrahlt möchte die kommenden Generationen damit nicht allein lassen, sondern sie bei diesen enormen gesellschaftlichen und technischen Herausforderungen unterstützen.

Aus diesem Grund versucht .ausgestrahlt seit Jahren, den Prozess der Lagersuche nicht nur kritisch zu kommentieren, sondern auch zu dokumentieren, damit kommende Generationen darauf zurückgreifen können. Doch damit allein ist es nicht getan.

Generationentransfer, auch finanziell

Es stellt sich die Frage: Wie kann die Generation, die den Atomausstieg in Deutschland erstritten hat, ihren Nachkommen finanzielle Mittel hinterlassen, damit diese gut ausgerüstet weiter dafür streiten können, dass bei der Lagerung des Atommülls die Sicherheit an erster Stelle steht?

.ausgestrahlt hat im Hinblick darauf die „Stiftung Atomerbe“ gegründet. Sie soll sicherstellen, dass die Menschen, die die Last des Atomerbes tragen müssen, ihre Schutz- und Sicherheitsinteressen gegen nachlässige Atommüll-Politik verteidigen können – nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft.

Aufgrund der Vorteile einer schnellen und unbürokratischen Gründung sowie einer effizienten und günstigen Stiftungsverwaltung ist die „Stiftung Atomerbe“ als Treuhandstiftung angelegt. Treuhänderin ist die gemeinnützige Stiftung „Stifter für Stifter“ in München.

Das Finanzamt München hat die „Stiftung Atomerbe“ im Oktober als gemeinnützig anerkannt. Nun kann es losgehen: .ausgestrahlt sucht Menschen, die gemeinsam durch Zustiftungen oder Spenden, aber auch durch ihr Testament oder ein Vermächtnis für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem strahlenden Atomerbe in die Zukunft hinein sorgen möchten. Bist Du dabei?

Nähere Informationen zur „Stiftung Atomerbe“ findest Du unter stiftung-atomerbe.de

Bei Fragen oder für weitere Informationen wende Dich gerne auch an Ute Bruckart: ute.bruckart@stiftung-atomerbe.de oder Tel. 040 2531 8943.

*Ute Bruckart, Nora Lohmeyer und Jochen Stay
Gründungsvorstand der „Stiftung Atomerbe“*

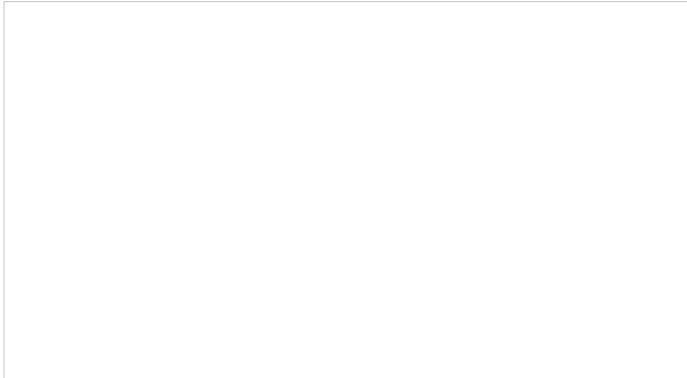
**stiftung
.atomerbe**



Foto: Kina Becker

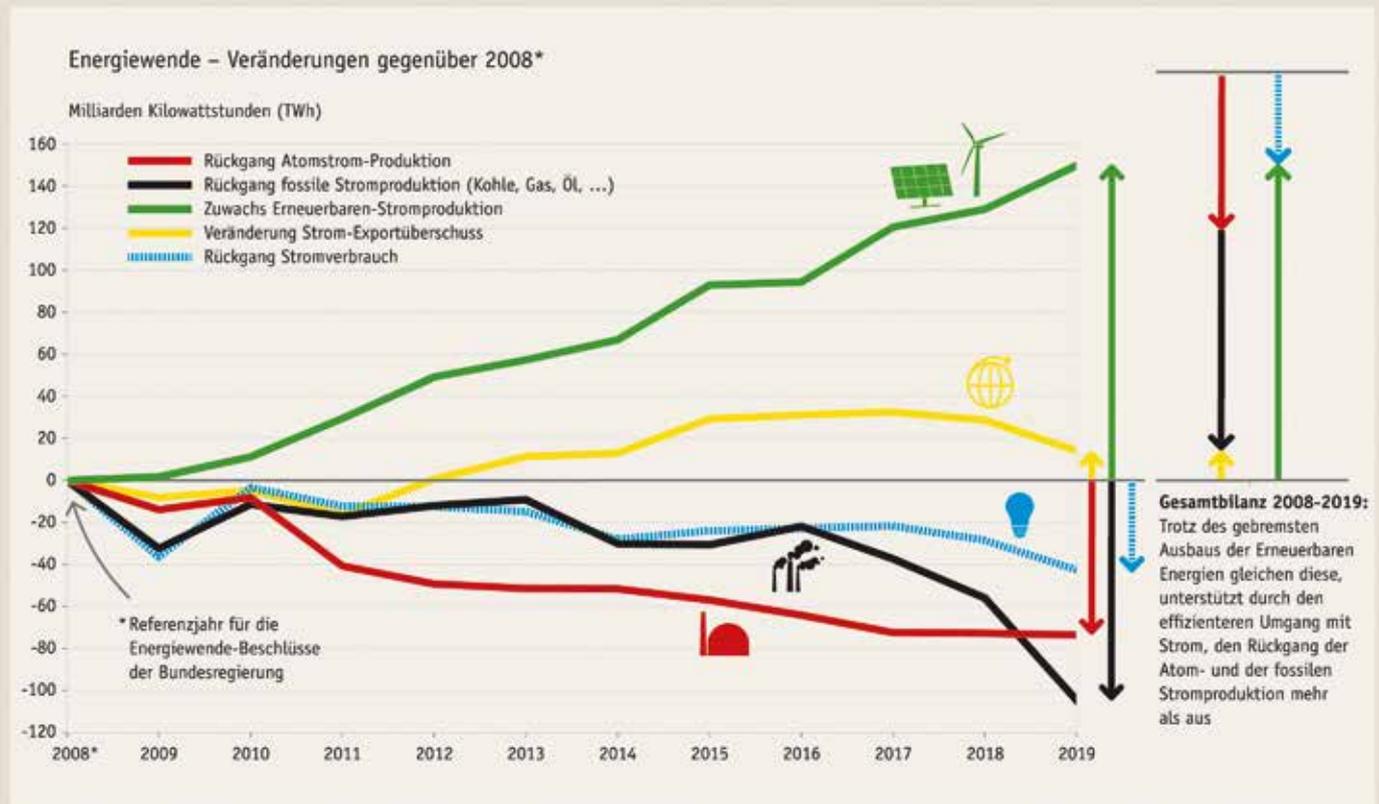
**„Ich fördere
.ausgestrahlt, weil
uns manche die
hochriskante,
vollkommen unwirtschaftliche Atomkraft
schon wieder als toll verkaufen wollen.“**

Christina Flick, Bruchsal



Strom ohne Kohle und Atom

**Infografik | Atom- und Kohleausstieg sind kein Widerspruch:
Seit 2008* ist die fossile Stromproduktion sogar stärker zurückgegangen
als die atomare – dank des Ausbaus der Erneuerbaren Energien**



.ausgestrahlt fordert:

- Ausbau der Erneuerbaren Energien fördern statt behindern
- Atomkraftwerke schneller abschalten